

Soziales Rheinfelden

Kommunalwahlprogramm der Wahlinitiative in 2019

Die Wahlinitiative Soziales Rheinfelden nimmt die Herausforderungen unserer Zeit an. Bundes-, Landes- und Kreisweit, so auch hier in unserer Stadt. Engagierte Mitbürger aus allen Berufssparten und allen Altersgruppen wollen, dass unsere Stadt Rheinfelden auch weiterhin eine Soziale Stadt bleibt, den ehernen Traditionen der ehemaligen Industriesiedlung um das erste Aluminiumwerk, das zum ersten Mal seit 1894 weltweit aus Wasserkraft gewonnenen Strom zur Produktion von Aluminium aus Bauxit nutzte, und der daraus entstandenen Stadt Rheinfelden seit 1922 in tiefstem Respekt verbunden.

Soziales Rheinfelden setzt sich ein für eine funktionierende Daseinsvorsorge. Gesundheit, Arbeitsplatzsicherung, Verkehr und Energie und für bezahlbaren Wohnraum, denn diese sind die Grundlage und Voraussetzung für die weiteren Ziele Bildung und Kultur für alle, für eine ökologische Entwicklung der Bereiche Stadt und Land und für mehr Lebensqualität. Soziales Rheinfelden steht dafür ein, dass diese unsere aller Errungenschaften nicht nur für die Besserverdienenden erschwinglich sein dürfen!

Dies ist der Hauptteil der Arbeit, die ein Miteinander für das Soziale Rheinfelden fordert. Da steht uns einiges bevor, werden alle „Hände an Deck“ gefordert! Bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 haben Sie die Möglichkeit, sich mit der bürgerlichen Wahlinitiative für das Original zu entscheiden, nämlich für sich selber.

Soziales Rheinfelden, das ist Ihre Stimme im Gemeinderat!

Zu Risiken und Nebenwirkungen aus der harten Arbeit im Gemeinderat, die Aktive und ihre Unterstützer zu vergegenwärtigen haben, wollen wir allerdings vorab eindringlich warnen. Denn das ist die Umsetzung der Sozialen Stadt, wir sind bestimmt keine Stammtischpolitiker. Auch mit dem pur ideologisch fremdelnden Populismus mit eigenartigsten, uns entmündigenden „Führerfiguren“, wie in einer anderen, untergegangenen Zeit einmal üblich gewesen, hat Mitwirken nichts gemein.

Mitwirken ist Mitarbeit auf Augenhöhe, hier wird zugehört und die Ergebnisse dieser Prozesse in den dafür bestimmten Gremien, wie dem Rat und den verschiedenen Ausschüssen gleichberechtigt in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Da sind auch die wirklich drängenden Fragen gar nicht populistischer Natur. Und ist auch an den Forderungen und deren Lösungen auch nichts „sozialistisches“ dabei.

I.

Rheinfelden erlebt gerade allein mit den allfällig sichtbaren, gewaltigen, weil alles verändernden baulichen Umbrüchen in seiner Innenstadt, sowohl an der Kapuzinerstraße, der Fertigstellung der Adelbergbebauung, als auch an der Elsa-Brandström-Straße, sowie im nördlichen Teil der Beuggener Straße, aber auch in den Teilorten, hier insbesondere direkt im Ortskern von Minseln mit dem Neubau von Wohnhäusern auf einem ehemaligen Sägereiareal wie ein Zeichen der Zeit eine grundlegende Wandlung.

Dabei ist allem voran Wohnen eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. Wie zur Bekräftigung des Anspruches wird in Rheinfelden, wie auch in allen anderen Städten der Region an

allen Stellen gebaut. In zwei Jahren ist die Verwirklichung von bis zu 240 Wohnungen im mittelständischen Segment angesagt. 600 Wohnungen sind die längerfristige Zielmarke.

Ganz im Widerspruch dazu steht die immer offenkundiger zutage tretende Benachteiligung von Bürgerfamilien mit geringerem Einkommen. Auf der Notfallliste der Stadt sind bis zu 800 Personen vermerkt. Soziales Rheinfeld hat deshalb einige Forderungen. Denn da wurde bei dem erkenntlichen Slogan des „Bauen, bauen, bauen“ als Lösung des selber als „Missstand“ erkannten Wohnungsmangels einiges verpasst. Und einiges vor dem Hintergrund des rein radikal gewinnorientierten Treibens einiger Marktteilnehmer unterlassen.

a.

Soziales Rheinfeld fordert deshalb vornehmlich den Bau preisgünstiger Mietwohnungen für Familien mit Kindern.

Im Grundsatz hat Rheinfeld es versäumt, gerade in der Innenstadt einen Platz an der Sonne für Familien mit Kindern in preisgünstigen Mietwohnungen zu sichern. Und wird stattdessen in großen und teuren Wohnungen die lukrative Zielgruppe „ältere Leute“ mit weiterer noch lukrativerer Zielrichtung „Investoren/Kapitalanleger“ angesteuert. Den sich daraus ergebenden Ausschluss der Zielgruppe Familien mit Kindern sehen wir jedoch den selbst gesetzten Entwicklungszielen von Rheinfeld wenig förderlich, kontraproduktiv auch familienfeindlich. Damit auch feindlich gegenüber den von den hiesigen Unternehmen gesuchten, künftigen Mitarbeitern, die meistens Familie mit Kindern haben. Die sich in aller Bescheidenheit eine teure Mietwohnung, geschweige denn eine die in der Regel noch bescheidenere Einkommenssituation überspannende Eigentumswohnung nicht zu leisten imstande sind.

Dabei hat Rheinfeld mittels der Planungs- und Bestimmungshoheit aus dem Baugesetzbuch BauGB von Anfang an die Zügel in den Händen gehabt. Die es bis jetzt leichtfertig daraus hat fahren lassen. Und wird es kaum noch Einflussmöglichkeiten bei den bis jetzt aufgelaufenen Projekten geben.

Das Baugesetzbuch bietet dafür den Maßnahmenkatalog des „Entwicklungsgebiets“ zu einem in Entstehung befindlichen Baugebiet an. Mit diesem Maßnahmenkatalog können von vornherein besondere Ziele der städtebaulichen Entwicklung klar formuliert und auch durchgesetzt werden. Wie eben die Entstehung preisgünstiger Mietwohnungen, hier eben für Familien mit Kindern. Und die der zukünftigen Mitarbeiter von hiesigen Unternehmen. Die händelnd nach eben diesen leistbaren Wohnungen suchen.

Dass DIE LINKE bereits wirkt, obwohl sie im Gemeinderat noch nicht vertreten ist, freut es uns bei dem Wohnbauprojekt an der Römerstraße, dass unser Wirken in Form sachlich unpolemischer Kritik dahingehend Früchte bei der Umsetzung dieser 150 Wohnungen vornehmlich auf die Erstellung preiswerter Mietwohnungen für Familien mit Kindern als Ziel getragen hat.

Und das muss dann zukünftig nicht nur unser alleiniges Ziel sein!

b.

Soziales Rheinfeld fordert die Unterbindung mit der Spekulation von baureifen Grundstücken und Bauerwartungsland.

Eine der größten Baulücken in der Stadt klafft zurzeit auf drei Grundstücken entlang der Güterstraße zwischen Emil-Frey-Straße, Elsa-Brandström-Straße und Schillerstraße nördlich des Bahnhofsareals.

Gerade angesichts der wirklich exemplarischen Entwicklungen in der Güterstraße wird das augenfällig, da gibt es einen Hochglanzfarbprospekt nach dem anderen, was dort alles auf den drei Grundstücken mit dem Platz für rund 150 Wohnungen entstehen soll. Geschehen ist nach fast 10 Jahren Präsentationen nichts. Und während in einem Fall nach der zweiten pressewirksamen Präsentation eines Baumarkts von 4.000 qm über vier Etagen gleich danach wie in der Bundesliga der Architekt neu eingewechselt wurde, wachsen der Gemeinde die Probleme hinsichtlich des Fehlens preiswerter Mietwohnungen über den Kopf.

Der Verdacht kommt auf, dass die jeweiligen Eigentümer und mit denen verbundenen Investoren mit den Grundstücken spekulieren. Die Bauträger lassen sich Neubauten genehmigen, um ihre Grundstücke aufzuwerten, bauen dann aber nicht. Stattdessen warten sie einige Zeit ab und verkaufen die Flächen mit hohem Gewinn weiter. Das würde gerade in der Güterstraße sich lohnen: Die Preise für die Grundstücke haben sich zwischen 2012 und 2018 versiebenfacht.

Soziales Rheinfeldern fordert, diese Spekulation mit solchen Grundstücken dringend zu unterbinden. Und wir haben auch einen sofort umsetzbaren Vorschlag dazu. Wir müssen im Einklang mit der Landesbauordnung Baden-Württemberg die Gültigkeitsdauer der Baugenehmigung verkürzen auf ein Maß von jetzt drei auf zwei Jahre und – vermittelt eines gesetzlichen Baugesetzes – kürzer. Innerhalb dieser Zeit müssen Bauträger dann auch tatsächlich mit den Arbeiten beginnen, sonst verfällt die Genehmigung. Ist die Frist deutlich verkürzt, gibt es zumindest weniger jahrelang brachliegende Grundstücke und künstliche Preistreiberien.

Soziales Rheinfeldern erinnert daran, dass es nicht nur den Eigentum schützenden und von anderen Parteien und Verbänden angemahnten Artikel 14 des Grundgesetzes, sondern auch den von diesen großzügig weggeblendeten, Eigentum verpflichtenden Artikel 15 gibt. Soziales Rheinfeldern schreckt nicht davor zurück, in aller Stringenz auch die gesetzliche Enteignung zu fordern, da werden wir uns im gegebenen Fall so wie die Bürgerschaft in der Bundeshauptstadt Berlin verhalten.

Die einem Volksbegehren ähnliche Kampagne mehrerer Berliner Mieterverbände „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“ fordert die Überführung von über 200.000 Wohnungen aus privatem in öffentlichen Besitz.

Die Berliner Initiative als Nachahmbeispiel ist hoch interessant, angesichts von nicht genutzten Wohnbaugrundstücken privater Unternehmer, verteilt über das ganze Stadtgebiet.

c.

Soziales Rheinfeldern fordert, Parkplätze zu Wohnraum zu machen.

Rheinfeldern hat mit der Umsetzung des Projekts 150 Wohnungen an der Römerstraße einen ungewöhnlichen Weg beschritten. Zum ersten Mal für diese Stadt werden dort Wohnbauten auf Stelzen über einem Parkplatzgelände entstehen.

Das Projekt macht Mut! Denn in Rheinfeldern gibt es noch viel mehr Platz für gut 300 Wohnungen dieser Art mitten in der Stadt. 300 Wohnungen sind eine ganze Menge, wenn man bedenkt, dass in der Stadt derzeit rund 240 Wohnungen in den nächsten 2 Jahren entstehen sollen.

Solche Ideen verfolgen derzeit auch andere Kommunen, etwa Bonn und Düsseldorf. Das Vorbild entstand aber eigentlich in München: Dort hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft den Parkplatz eines öffentlichen Schwimmbad überbaut. In einem guten Jahr schaffte

sie es, auf das Gelände von 4.200 Quadratmetern ein vierstöckiges Haus auf Stelzen zu stellen – von der Planung bis zur Fertigstellung. So sind 100 neue Wohnungen entstanden.

In Berlin denken inzwischen die Discounterketten ALDI und LIDL darüber nach, ihre Filialen mit Wohnungen zu überbauen. ALDI hat in Köln bereits über einem Supermarkt einen Wohnungsblock mit 30 Wohnungen errichtet. ALDI und LIDL betreiben an der Güterstraße je eine Filiale mit großflächigen Parkplätzen gleich nebeneinander.

Viel Platz für neue und preiswerte Wohnungen.

d.

Soziales Rheinfeldens fordert den Tabubruch für Wohnbau auf Straßen und Bahntrassen.

Schätzungsweise bis etwa 200 Hektaren an Flächen mitten in der Stadt werden zum einen von der Bahn und im Weiteren von der B 316 besetzt. Eine Überbauung solcher Trassen mit Wohn- und Gewerbebauten ist in der Bundeshauptstadt Berlin, aber unter anderem auch in Köln und Essen schon längst kein Tabu mehr, sollen die größten Städte der Republik nicht die Landschaft zersiedelnd in ihr weiteres Umfeld explodieren.

Diesen Tabubruch fordern wir für die Wohn-, Gewerbe und Industriestadt Rheinfeldens ein. Unsere Wohnbaulandreserven würden beispielhaft weit über das Jahr 2030 zukunftssichernd wachsen.

II.

Soziales Rheinfeldens fordert die Ansiedlung neuen produzierenden Gewerbes und den Erhalt bestehender Gewerbe.

Unsere Stadt erlebt auf den weitläufigen Industrie- und Gewerbeflächen entlang des Rheins einen brachialen Umbruch. Zu befürchten ist jedoch, dass gutbezahlende Industrie- und Gewerbebetriebe weniger gut bezahlenden Montagebetrieben oder Teilzeit praktizierenden sogenannten Dienstleistern mit Niedriglohn weichen könnten.

Dem gilt es entgegenzuhalten: Wir fordern die Intensivierung des bauplanungs- und entwicklungsrechtlichen Instruments des „Interkommunalen Gewerbegebiets“ mit dem Einfordern von stadtentwicklungsplanerischen Zielen nach dem Baugesetzbuch BauGB.

Diese Zielsetzung betrifft unmittelbar die Einwirkung auf den kommunalen Haushalts. Ganz einfach gesetzt, jeder im Niedriglohnsektor eines solchen, diesen praktizierenden Betriebes beschäftigte Arbeiter oder Angestellte muss sein spärliches und unzureichendes monatliches Salär mit Leistungen aus dem SGB II, genauer als „HARTZ IV“ bekannt, „aufstocken“. Von dieser „Aufstockung“ hat die Kommune den Anteil für Wohnungsmiete und Heizung zu erbringen. Ganz davon abgesehen, dass solche Unternehmen alles andere als die bisher gut sprudelnde Gewerbesteuerquelle speisen werden.

Wir sind jedoch nicht dafür da, aus unserem Vermögen die Millionen- und Milliarden-gewinne solcher Unternehmen zu subventionieren! Und das geht uns alle an!

III.

Soziales Rheinfeldens fordert, die Hochrheinbahn in die Moderne abzuholen.

Die Hochrheinbahn stellt seit ihrer erstmaligen Inbetriebnahme von Basel bis Waldshut am 30. Oktober 1856 und der endgültigen Fertigstellung bis Konstanz am 15. Juni 1863 mit Verbindung ins schweizerische Eisenbahnnetz über Koblenz seit dem 18. August 1859 eine lebenswichtige Verkehrsader für die Region dar. Zwischen 1963 und 1968 zwischen Waldshut und Erzingen auf Eingleisigkeit demontiert konnte keine verkehrstechnische Entwicklung ihre inzwischen überlebenswichtige Bedeutung beeinträchtigen.

Doch die Hochrheinbahn ist in die Jahre gekommen. Eine seit 1913 auf der Wiesentalbahn und seit 1956 auf der Oberrheinbahn erfolgte Elektrifizierung hat die Hochrheinbahn nie erfahren. Die einst vorzeigeträchtig schmucken Anlagen sind dringend überholungsbedürftig, müssten der Rappensteintunnel bei Laufenburg und der Aarbergtunnel bei Waldshut fast runderneuert werden. Die heute dieselgetriebenen Regionalzüge mit Endziel Ulm und Singen über die Haupthaltepunkte fahren im Stundentakt, die ebenfalls dieselgetriebenen Triebwagen als „Nachfahren“ der legendären Schienenbusse mit Ziel Waldshut über alle dazwischen liegenden Haltestellen im Halbstundentakt. Die Bahn ist mit Ausfällen hoher Rate betroffen.

a.

Seit Jahren fest versprochen, kommt die Elektrifizierung der Hochrheinbahn nicht voran. Eine moderne Bahn fährt elektrisch! Das ist bei dem hohen Verkehrsaufkommen allein schon dem Umweltschutz geschuldet! Zwar hat „Max, der Maulwurf“, das DB-Werbemaskottchen, die Umsetzung für das zweite Halbjahr 2017 angekündigt. Doch irgendwie ist der dann wieder sang- und klanglos zurückgepfiffen worden.

Doch wenn auch jetzt der modernere dieselgetriebene VT 612 anstatt des reichlich in die Jahre gekommenen VT 611 eingesetzt wird, erhebt sich die zweite, nicht minder wichtige Frage, wann denn die ebenfalls vollmundig versprochene, durchgehende Zweigleisigkeit mit der Wiedererrichtung des Kreuzungsbahnhofes Tiengen umgesetzt werde.

Tiengen wieder am Netz und in Erzingen ein längerer Bahnsteig, damit die Züge auch problemlos aneinander vorbeikommen. Dieses Versprechen ist schon mehr als 10 Jahre alt, vielleicht ist es dadurch etwas in Vergessenheit geraten.

Die Umsetzung des Versprechens in die Wirklichkeit ist aber eine Kernvoraussetzung für den angestrebten Halbstundentakt auch der Regionalzüge!

Dass jetzt der Einsatz des dieselgetriebenen VT 612 vom Chef DB Regio, David Weltzien, als „alternativlos“ bezeichnet wird, steht klar im Widerspruch zu den eingegangenen Versprechungen.

b.

Soziales Rheinfeldens fordert in aller Konsequenz über den Kreis den zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Strecke zwischen Basel und Schopfheim sowie die S-Bahn ins Kandertal, eine Vollendung der Sicherung von Nahverkehrsverbindungen im Kreisgebiet.

c.

Aber vielleicht gibt die zwangsweise Entwicklungspause der Hochrheinbahn eine einmalige Gelegenheit zu einem Sprung in die Zukunft. So wie sie auf der verblüffend fast bau- und längengleichen Bahnstrecke zwischen Cuxhaven und Buxtehude bereits begonnen hat. Eine

Zukunft, die wesentlich unkomplizierter und letztlich preiswerter als die bisher geforderte Elektrifizierung zu haben sein könnte.

Mit dem Start Mitte September 2018 der beiden bundesweit ersten mit Wasserstoff betriebenen Brennstoffzellenzüge in Niedersachsen auf der knapp 100 Kilometer langen Strecke Cuxhaven-Buxtehude. Da es keine Oberleitung gibt, fahren dort bislang nur Dieseltriebwagen. Bei den Brennstoffzellenzügen fallen im Betrieb keine Abgase an, aus dem Auspuff strömt Wasserdampf. Die Brennstoffzellen wandeln Wasserstoff und Luft in Wasser um, wodurch Strom entsteht, der die Lithium-Ionen-Akkus an Bord auflädt und die Elektromotoren in den Achsen antreiben. Die Wasserstofftankstelle für die Regionalzüge steht in Bremervörde. Die Züge verbrauchen nur sehr wenig, sie müssen über Tage nicht betankt werden. Und sie sind sehr leise und emittieren keinen Feinstaub.

Das Projekt hat Serienreife erreicht und stößt weltweit auf Interesse. Anfragen sind inzwischen aus Japan, Russland, Indonesien, Kanada, England, Österreich, Norwegen und den Niederlanden eingegangen. Die LNVG hat bei dem Hersteller ALSTOM weitere 14 Brennstoffzellen-Züge bestellt, die ab 2021 fahren sollen. Das Verkehrsministerium in Hannover fördert die Anschaffung mit 81,3 Millionen Euro. In Niedersachsen sollen in den nächsten 20 bis 30 Jahren alle 120 Dieselzüge ersetzt werden. Auch andere Bundesländer sind nach Angaben von Alstom an der Technologie interessiert.

Soziales Rheinfeldern fordert, dass auch wir uns am Hochrhein endlich aus unserem selbstverordneten Dornröschenschlaf erheben und auch einmal um mehr Zukunft in unserer Region bemühen!

IV.

Soziales Rheinfeldern fordert bei der Gesundheitsversorgung im Hinblick auf die Entscheidung für ein Zentralklinikum in der Kreisstadt Lörrach speziell bei der Diskussion zum Bau des neuen Zentralklinikums mehr Transparenz und eine öffentliche Diskussion. Denn noch ist nicht beschlossen, was aus den modernen Gebäuden unseres eigenen Klinikums wird. Bestimmt darf sich nicht folgern lassen, dass es dem Begehren mit Wohnbau der sehr gehobenen Klasse zu weichen hätte.

Das Zentralklinikum in Lörrach wird bei Umsetzung zwar in allen Bereichen zu höheren Standards in der medizinischen Versorgung führen. Genauso wichtig ist aber die dezentrale klinikärztliche Versorgung bei kurzen Zugangswegen im ganzen Landkreis. Die medizinische Versorgung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Medizinische Versorgungsstrukturen muss es im ganzen Kreis geben.

In Konsequenz zum öffentlichen Auftrag fordern wir im bestehenden Klinikum in Rheinfeldern die Beibehaltung der Notfall-Erstversorgung in den bestehenden Räumen, die Förderung eines Ärzteentrums/Ärztehauses mit Belegzimmern und die Neuschaffung einer geriatrischen Abteilung für die unmittelbare Raumschaft.

Wir wollen uns dabei den Hinweis nicht verkneifen, dass ein Begehren der Überbauung mit Wohnbau bei Beibehaltung des Bestands nicht eingeschränkt oder gar verhindert würde!

V.

Schulen – baulicher Zustand von Gebäuden (hier: sanitäre Einrichtungen)

Leider ist der Zustand der Lehrstätten in unserer Stadt nicht der vielbeschworene Einzelfall, zeigt sie nämlich mit schief hängenden Jalousien vor blinden Fenstern in stockfleckigen Fas-

saden ein typisches Bild der Schulen im ganzen Land. Aber auch im Verborgenen finden sich Mängel, sehr hervorstechend prägnant in den sanitären Einrichtungen. Die nicht gerade Fortschritt versinnbildlicht vermittelnden, weil völlig veralteten elektrischen Anlagen verlangen von Lehrkörper und Hausmeister volle Hingabe zu ihrer Funktionstüchtigkeit.

Festzustellen ist, dass sich in der Stadtverwaltung zu wenige, weil chronisch schon unterbesetzt, dem Kampf gegen den Missstand widmen können. So sollten schon vor Jahren im Rahmen der seit 2011 gefassten Inklusion Fahrstühle in den Schulgebäuden eingebaut werden, derartige Vorhaben sind seit der Beschlussfassung nicht über das Planungsstadium herausgekommen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass unsere Schulen zwar auf eine gute Lehrerschaft und auf engagierte Schulleiter bauen können, aber dennoch unter der baulichen Vernachlässigung leiden, diese hat auch bereits für einen unnötigen Rufschaden gesorgt, unter welchen die Schulen nachhaltig leiden.

Wir wollen daher eine Stadt, welche von sich selber aktiv wird und nicht darauf wartet, dass sich die Leute erst massiv beschweren müssen, bis sich etwas ändert. Wir sind darauf aus, dass dies so schnell wie möglich gelöst werden muss. Denn eins ist klar: Die jetzt vorgenommenen Verbesserungen sind bloße Etappenziele auf dem Weg, die Vernachlässigung der Schulen zu beseitigen.

VI.

WLAN in Rheinfeldern kostenlos – Andere machen es uns vor

Soziales Rheinfeldern fordert in unserer Stadt flächendeckend kostenloses WLAN. Dies nicht als die Ausformulierung irgendwelcher „Weltverbesserertheorien“ von dann gleicherart verunglimpften „Spinnern und Phantasten“ der IT-Welt, sondern als schlichtweg nüchterner, uns allen zukommender echter „Standortvorteil“.

Berlin hat es in 3.300 öffentlichen Hotspots, Pforzheim, Nagold und Calw haben es flächendeckend als besonderen Service, anderswo auch nüchterner „Standortvorteil“ benannt, an seine Bürger.

Gang und gäbe ist es bereits bei allen großen Lebensmittel- und Warenhausketten und auf 127 Bahnhöfen und in allen ICEs der Bahn.

Mit dem mit den Kommunen des Landkreises verbundenen Partner ED Netze leistet der Zweckverband Breitbandversorgung beim Aufbau des schnellen Internets in der Stadt bereits jetzt die Grundlagen für die Breitbandversorgung der Stadt Rheinfeldern, den Dinkelberg und insbesondere das Gewerbegebiet Schildgasse.

Aber auch bei uns muss mit dem laufenden Breitbandausbau Hand in Hand unabdingbar verknüpft kostenloses WLAN Einzug halten.

Rheinfeldens Bürger in der Kernstadt und den Teilorten, und Einpendler in Industrie, Gewerbe, Schulen und Einkauf werden uns generationenübergreifend für die Verschaffung dieses sehr speziellen „Standortvorteils“ schätzen und lieben!

VII.

Einsatz für die Umwelt – keine „Kernkompetenzen“ nur für „Ökos“, nur bestimmte Parteien und Umweltverbände

Soziales Rheinfeldens fordert die Ankurbelung des Einsatzes der Allgemeinheit für Umwelt/Land- & Forstwirtschaft über das Engagement für den Erhalt von Grünflächen, Forst- und Freiflächen hinaus. Die von unseren Städtischen Betrieben vorbildhaft geleistete Umweltarbeit für eine funktionierende „Grüne Lunge“ Rheinfeldens wird in gefährlichster Weise konterkariert.

Denn in unserer Stadt ist der Einsatz von Pestiziden, Neonikotinoiden und Glyphosat trotz der erkannt daraus hervorgehenden erheblichen Gefahren gang und gäbe. Allen voran entledigt sich die Bahn mit einem auf den Schienen verkehrenden Spezialarbeitszug mit einem gewaltigen Tank oben drauf der unerwünschten Grünen Flut auf den gesamten Gleiskörpern. Dabei wird auch wie selbstverständlich in den direkten Bahnhofsbereichen und Haltestellen, als auch an der Grenze zu anschließenden Wohn- und Gewerbebebauungen sowie Naturschutzbereichen auch noch direkt neben Fahrgästen auf den Bahnsteigen die Spritzbrühe ausgebracht. Dies muss aufhören! Dann muss eben wieder zu Hacke und Harke gegriffen werden, als weiter schleichend unsere Umwelt zu vergiften.

Desgleichen ist bei allem vorbildlichen Engagement der Stadt für die Umwelt nicht der Umgang mit dem Anbau gentechnisch veränderter Organismen oder deren Freisetzung auf städtischen Grundstücken oder solchen zur Pacht/Miete an andere Nutzer geregelt. Trotzdem Rheinfeldens sich zur gentechnikfreien Stadt erklärt hat, und dies auf den städtischen Grundstücken praktiziert, sind Bestimmungen des Ausschlusses solcher nicht in den Miet- und Pachtverträgen über städtische Grundstücke für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau zu finden.

Hier hat bürgerliches Engagement bereits an anderer Stelle, speziell in dem sich schon in 2007 gentechnisch frei erklärten Schopfheim dazu geführt, dass die Gemeinde beim Abschluss von Miet- und Pachtverträgen zwingend die Nutzer verpflichtet, keinen Anbau gentechnisch veränderter Organismen oder deren Freisetzung vorzunehmen oder zuzulassen.

VIII.

Schluss jetzt mit dem Trauerspiel A 98 – Zeit für den zügigen Weiterbau

Soziales Rheinfeldens fordert den zügigen Weiterbau der A 98! Kein Halt auf unbestimmte Zeit beim künftigen Knoten Minseln – Karsau. Denn wenn die A 98 im Abschnitt 5 nicht gleich weitergebaut wird, ist mit erheblichen Verkehrsbelastungen zu rechnen. Wird der Kreuzungspunkt bei Minseln mit einer Fahrzeugflut überfallen, und dafür ist keine Vorsorge in Form einer Weiterleitung Richtung Waldshut mit Fernzielen Singen und Konstanz, nach Rheinfeldens selber, als auch über den Dinkelberg nach Schopfheim und das Wiesental geschaffen.

Mit der Bundesautobahn A 98 als ein zentrales Verkehrsinfrastrukturprojekt im Regierungsbezirk Freiburg entsteht hier im Süden des Landes wie in Symbolkraft die einzige neue Autobahn in ganz Baden-Württemberg. Sie sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen am Hochrhein und sorgt für die Stärkung der strukturschwachen Räume gerade im Klettgau. Die Verwaltungsvertreter werden nicht müde in ihrer Beteuerung, dass die Region am Hochrhein ein ökologisch sehr hochwertiges Gebiet ist, so dass an Planung und Ausführung deshalb auch in ökologischer Hinsicht überdurchschnittliche Ansprüche gestellt werden.

Deshalb dürfen wir nun nicht müde werden, die Vollendung des Auftrags zu treuen Händen an die bereits bestehenden Teile östlich Obersäckingens zu fordern. Es stehen bereits die Ausgestaltung der Brücke bei Minseln als auch die zu großen Teilen überdeckelte Trassenführung weit über Karsau und Beuggen fest. Warum also noch zögern, wird uns doch von

allen Stellen treuherzig versichert, dass das Großprojekt Stuttgart 21 keine Kapazitäten an Planung, an Werkstoffen, an Personal und letztendlich Kapitals abzöge.

IX.

Als Mit-Entscheidungsträger willkommen – noch ein Wort zur Jugendbeteiligung

Soziales Rheinfeldern fordert die Beteiligung unserer jüngeren Mitglieder unserer Gesellschaft. Und das ist die Wiedereinrichtung des Jugendparlaments.

Das Jugendparlament als eine Einrichtung des Gemeinwesens bedarf, um auch wirksam zu werden, an einigem Gewicht. Dazu bedarf es einigem an Vertrauensvorschuss. Unsere Partnerstadt in Wales, „Vale of Glamorgan“, welche dies unvoreingenommen und erfolgreich praktiziert, sei uns das Vorbild.

- Zu Beginn bedarf es der Einrichtung einer Jugendkommission, welche „provisorisch“ mit der Arbeit eines Jugendparlaments einsetzt, bis ein solches in alter Stärke wieder steht. Zu diesem Schritt halten wir uns strikt an die Vorgabe der EU-Kommission. Wie auch diese sollte sie ein Stimmrecht besitzen. Es ist wichtig einen „fliegenden“ Wechsel zu organisieren um auch die zukünftige Arbeit zu erleichtern und auch nicht in eine Abwärtsspirale des Desinteresses hineinzugeraten.
- Ein echtes Stimmrecht des Jugendparlaments im Rheinfelder Gemeinderat und die Gleichstellung der dortigen Vertreter mit den Gemeinderäten. Ein Jugendparlament muss in der Lage sein, richtig mitzugestalten.
- Das Einrichten des Amtes eines Jugendbürgermeisters, welcher neben einem Stimmrecht dem Oberbürgermeister beratend zur Seite stehen soll. Dieser soll vom Jugendparlament gewählt werden und der erste Ansprechpartner für die Interessen der Jugendlichen sein.
- Der Oberbürgermeister und einige Gemeinderäte sollten sich regelmäßig in Schulveranstaltungen mit den vielfältigen Fragen der Jugendlichen in unserer Stadt auseinandersetzen. Politik muss sich auch wirklich für jüngere Menschen interessieren und zudem diesen jüngeren Mitgliedern an unserer Gesellschaft aufweisen, was sich durch Politik erreichen lässt.

Wir sind fest davon überzeugt, dass dieser neue und doch so alte Vertrauensvorschuss die Jugendbeteiligung mit neuem Leben erfüllen wird.

Auf ein Wort zum Schluss:

Uns ist die Beteiligung unserer Wähler und allen interessierten Menschen aus der Bevölkerung sehr wichtig!

Unser Programm ist nicht „statisch“ festgeschrieben. Jeder der aufgezählten Punkte möchte gerne weiterentwickelt werden oder sind neue Vorschläge neuer Aktivitäten willkommen. Gerne können Sie uns zu unserem Wahlprogramm und zu unseren Vorschlägen, ihre Ideen Änderungswünsche und Neuvorschläge mitteilen. Wir freuen uns auf ihre Rückmeldungen.

Sie finden uns auf unserer Website: www.soziales-rheinfeldern.de.